

Riesfaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesfaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen.

Postkontos: Dresden 1530
Circulasse Riesa Nr. 52.

Nr. 63.

Montag, 16. März 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialsteigerungen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. von rechts, 4. von oben: 6 Spalten, 25 Gold-Pfennige, die 8. von rechts: 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Neudruck der Abdrucke, wenn der Betrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Richtigkeitsunterstützung: Ergahler „a. z. Elbe“ - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen - hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die grundsätzliche Bedeutung der Präsidentenwahl.

Die bevorstehende Neuwahl des Reichspräsidenten wird nach übereinstimmender Auffassung der maßgebenden politischen Kreise sowohl für die innere als auch die auswärtige Politik von größter Bedeutung sein. Die Tragweite des endgültigen Ausganges der Wahl besteht in erster Linie darin, daß der neue Reichspräsident mehr oder weniger als der wichtigste Faktor für den künftigen Kurs der deutschen Politik angesehen wird. Obwohl die Rechte des Präsidenten in der Verfassung ziemlich eng umgrenzt sind, wird es darauf ankommen, ob der Kandidat der Rechten, Dr. Jarres, oder der Exponent der Politik der Mitte, Marx, die Präsidentenwahl übernehmen wird. Bei den letzten Wahlen war die Initiative in hohem Grade dem Reichspräsidenten überlassen worden, von dessen Gesichtspunkt aus, eine Verständigung mit der Regierungsbildung zu betreiben, die imstande war, eine Lösung der Regierungsschwierigkeiten herbeizuführen. Bei den Wahlen, die in der politischen Lage eintreten können, ist es nach wie vor von größter Wichtigkeit, daß der Reichspräsident nicht parteipolitisch gebunden ist und nach freiem Ermessen seine Dispositionen zu treffen vermag.

Ein Sieg der Kandidatur Jarres würde eine erhebliche Festigung des Reichsstatus im Reich bedeuten, während ein Erfolg des früheren Reichskanzlers Marx die Rückkehr zur Politik der Mitte darstellen würde. Besonders wichtig ist in politischen Kreisen die unbedingte Zuverlässigkeit des Reichspräsidenten gegenüber der Reichsverfassung. Man glaubt, daß mit Ausnahme des kommunistischen Kandidaten Thälmann alle anderen Anwärter auf die Reichspräsidentenwahl ohne weiteres geneigt sind, die Verfassung zu respektieren und die Rechte der Volksoberkeit zu wahren. Da jedoch der verantwortliche Leiter der Reichspolitik der Reichskanzler ist, so wäre es ganz falsch, wenn von irgendeiner Seite die grundsätzliche Bedeutung der Präsidentenwahl übertrieben werden sollte.

Den Parteien kommt es eigentlich mehr darauf an, daß eine Persönlichkeit die Reichspräsidentenwahl übernimmt, die mit dem parlamentarischen Leben genügend vertraut ist, um in den schwierigen Situationen die Lage klären zu können. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß möglicherweise schon sehr bald die Frage in Erwägung gezogen werden muß, ob es nicht angebracht erscheint, die Rechte des Reichspräsidenten zu erweitern und die diesbezüglichen Bestimmungen der Reichsverfassung abzuändern. Wie wir hören, heben namentlich die Rechten auf dem Standpunkt, daß eine solche Erweiterung der Rechte des Reichspräsidenten eine unerlässliche Voraussetzung für die künftige politische Entwicklung in Deutschland ist. Schon jetzt muß daher in Erwägung gezogen werden, welcher der von den Parteien in Vorschlag gebrachten Kandidaten für das verantwortliche Amt am meisten geeignet ist. Je nach der politischen Einstellung werden nun Dr. Jarres und der frühere Reichskanzler Marx in den Vordergrund gestellt. Je unklarer die Situation im gegenwärtigen Augenblick erscheint, desto eifriger sind diejenigen Kräfte am Werke, die in weitem Voranschritt der Dinge alle Vorbereitungen für den zweiten Wahlgang schon jetzt zu treffen beabsichtigen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß nach Beendigung des ersten Wahlganges neue interparteiliche Verhandlungen über eine bürgerliche Einheitskandidatur zustande kommen. Auf der anderen Seite sind die Parteien gegenwärtig fast ausschließlich darauf eingestellt, den Erfolg ihres eigenen Kandidaten zu sichern, jedoch alle Bemühungen zur Wiederherstellung der zerbrochenen Geschlossenheit vorläufig zur Erfolglosigkeit verdammt sein werden.

Große deutschfeindliche Kundgebungen.

Kattowitz. (Funkpruch.) Gestern fanden in Kattowitz, Rybnik und Tarnowitz große deutschfeindliche Kundgebungen gegen eine Veränderung der Westgrenzen Polens statt. Die Eisenbahndirektion hatte Extrazüge eingesetzt. Es wurden aufreizende Reden gehalten, in denen verlangt wurde, die Deutschen, wenn nötig, mit Gewalt aus Polen zu entfernen. In einem Demonstrationszug wurde ein Wagen mitgeführt, an dem eine lebensgroße Puppe in deutscher Uniform angeknüpft war. Nach Schluß der Reden ging die mehrtausendköpfige Menge unter Schmährufen auf die Deutschen und auf Englands Verhalten im Völkerverbund, auseinander. Zu Tätligkeiten ist es nicht gekommen.

Fortschritte in der außenpolitischen Lage.

Berlin, 16. März.

Aus maßgebenden außenpolitischen Kreisen erfahren wir, daß durch den Verlauf der Genfer Völkerverbundsberatungen zweifellos erhebliche Fortschritte in der Frage der Sicherheiten erzielt worden sind. In Berlin erwartet man nunmehr mit einiger Spannung das Ergebnis der neuerlichen Aussprache zwischen dem englischen Außenminister Chamberlain und dem französischen Ministerpräsidenten Herriot, von dem wahrscheinlich auch der Inhalt der endgültigen Mitteilung der alliierten Regierungen an Deutschland abhängen wird. Diese Mitteilung dürfte nach den neuerlichen Meldungen eine weitere Verständigung erlauben, aber keinesfalls später als Anfang April an Deutschland ergehen.

Die Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl.



Dr. Karl Jarres
Kandidat
der Rechten



Otto Braun
Kandidat
der Sozialdemokraten



Dr. Wilhelm Marx
Kandidat des Zentrums



Dr. Willy Hellbach
Kandidat der Demokraten

Aufruf des Reichsblocks.

An das deutsche Volk!

Zum ersten Male werden die deutschen Wähler und Wählerinnen am 29. März an die Wahlurne gerufen, um für sieben Jahre einen Reichspräsidenten zu wählen.

An diesem historischen Tage müssen alle Grenzen der Partei, der Konfession und des Standes fallen.

Die Wähler sollen nur den besten und würdigsten Mann berufen, deshalb haben sich die Vertreter derjenigen Parteien, die fast die Mehrheit aller deutschen Wähler hinter sich wissen, gemeinsam mit Vertretern vaterländischer, wirtschaftlicher und kultureller Verbände zum Reichsblock vereinigt. Sie haben sich nach reiflicher Erwägung entschlossen, dem deutschen Volk für die Wahl zum Reichspräsidenten Herrn Oberbürgermeister

Dr. Jarres

in Duisburg, vormaligen Reichsminister des Innern und Vizekanzler, zu empfehlen. Dabei war für den Reichsblock maßgebend, daß Herr Dr. Jarres ein Mann ist von großer Erfahrung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, ein lauterer Charakter, ein Mann des sozialen Fortschritts und leidenschaftlicher christlicher Gesinnung, bewährt als Vorkämpfer deutscher Freiheit für Rhein und Ruhr.

Dr. Jarres vereinigt in sich die Eigenschaften guter deutscher Art und leistet Gewähr für eine sachliche, gerechte Führung der Geschäfte, für Einheit der Verwaltung in allen Dingen. Er hat in schwerster Zeit seine Person rückwärts für Staat und Volk eingesetzt. Er hat als Staatsmann die Einheit des Reiches in vertrauensvoller, gemeinsamer Arbeit mit den Regierungen aller deutschen Länder gefestigt.

Die vereinigten Parteien und Verbände fordern alle deutschen Frauen und Männer und die deutsche Jugend auf, für den Kandidaten des Reichsblocks zu werben. Ueberall sind Wahlschlüsse zu bilden und Geld zu sammeln. Bei härtester Anstrengung aller Kräfte kann der Sieg schon im ersten Wahlgang errungen werden. Unsere Parole ist:

Die Einheit der Deutschen, die Einheit des öffentlichen Lebens, das Staatswohl über den Parteieig! Ein Weg — ein Wille!

Berlin, den 14. März 1925.

Der Reichsblock.

gez. Staatsminister v. Loebell.

Es folgen eine große Reihe von Unterschriften, darunter die Namen: Hindenburg, Tirpitz, Graf Kalkreuth, Graf Weizsäcker, Berlin, Staatsminister Wallraf, Berlin, v. Vorfig, Berlin u. a.

Ungelöste Lage im Eisenbahnerstreik.

Der Schiedsspruch abgelehnt.

Dresden. In einer Konferenz, die der Bezirksvorstand und die Vertreter aller streikenden Ortsgruppen des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Bezirk Sachsen, gestern in Dresden abhielten, wurde der gefällte Schiedsspruch abgelehnt und der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes beauftragt, den Kampf sofort weiter zu verbreiten. Ferner wurde beschloffen, daß kein Streikender im Bezirk Sachsen die Arbeit wieder aufzunehmen habe, wenn die Reichsbahnhauptverwaltung hierzu auffordern sollte.

Berlin. Eine Verammlung der streikenden Eisenbahner von Groß-Berlin nahm gestern zu dem Schiedsspruch Stellung. Der Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes Dreßler betonte, man müsse den Weisungen der Organisationen in jedem Falle, also auch der Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit im Falle einer Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs, folgen. Die Verammlung nahm eine Entschließung an, in der die Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Eisenbahner erklärt wird. Außerdem wurde auch über mehrere von radikaler Seite eingebrachte Entschließungen, in denen die Ausdehnung des Generalstreiks gefordert wird, unter dem Druck der Verammlung abgestimmt und diese mit großer Mehrheit angenommen.

Streikabnahme in Berlin.

Berlin. Der Lokalanzeiger berichtet: Der Stand des Eisenbahnerstreiks zeigt nach den neuesten Meldungen eine kleine Abnahme. Es haben sich hundert Streikende zur Wiederaufnahme der Arbeit gemeldet. Es wird damit gerechnet, daß heute vormittag weitere Meldungen in den einzelnen Bezirken erfolgen werden.

Eberfeld. (Funkpruch.) Zum Schiedsspruch im Eisenbahnerstreik teilt der Deutsche Eisenbahnerverband mit: Die am Sonntag, den 15. März vermittelten Anknüpfungen des Deutschen Eisenbahnerverbandes Bezirk Eberfeld lehnten einstimmig den Schiedsspruch ab. Die Bezirksleitung wurde beauftragt, die Eisenbahner in Berlin auf die Erregung im Bezirk Eberfeld aufmerksam zu machen und die Ablehnung des Schiedsspruchs zu empfehlen.

Die blutigen Vorgänge in Halle.

Berlin. Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Durch die bisherigen Ermittlungen über den blutigen Zusammenstoß in Halle anläßlich einer kommunistischen Wahlversammlung am 13. d. Mts. ist bisher festgestellt:

In der kommunistischen Wahlversammlung, die von etwa 2000 Teilnehmern besucht war, hat ungeachtet eines vom Polizeipräsidenten der Versammlungsleitung rechtzeitig mitgeteilten Verbots des Zutretens ausländischer Redner ein englischer Redner das Wort ergriffen. Auf Veranlassung des überwachen Beamten wies der leitende Polizeioffizier, nachdem er sich den Weg bis zur Rednertribüne gebahnt hatte, wiederholt den Versammlungsleiter und den Redner auf das ergangene Verbot hin. Um die beginnende Erregung der Versammlungsteilnehmer zu beruhigen, erklärte der Polizeioffizier, auf einem Tische liegend, mit lauter Stimme, daß die Versammlung als solche nicht geföhrt, nur die behördliche Anordnung durchzuführen werden sollte. In diesem Augenblicke sah der Polizeioffizier, daß ein Mann auf der Galerie einen Revolver gegen ihn richtete und losföh. Unmittelbar darauf fiel von der Galerie aus dem Saal eine ganze Anzahl von Schüssen in so schneller Folge, daß die Beamten sich einer Maschinenwelle gegenüber glaubten. Als zu allem die Menge die Beamten aus ihrer bedrängte, gaben nun auch diese zu ihrer Verteidigung in der Notwehr, ohne besonderen Verzicht erkalten zu haben, Schüsse ab. Die Versammlungsteilnehmer verließen darauf panisch den Saal.

Bei dem geschilderten Vorgang sind 7 Personen getötet worden und zwar 6 darunter 2 Frauen, durch Schüsse, ein siebenter ist im Gedränge erdrückt worden. 16 Verwundete, unter diesen 8 mit Schussverletzungen, sind ärztlicher Behandlung zugeführt worden. Von den eingekerkerten Schutzpolizeibeamten haben 4 Hiebverletzungen zum Teil erheblicher Art erlitten.

Von dem Regierungspräsidenten in Merseburg ist im Benehmen mit der Staatsanwaltschaft und den Gerichtsbehörden bereits ein Termin zur Einnahme des Augenscheins abgehalten. Hierbei sind unmittelbar neben dem Standort der Beamten zahlreiche Geschosseinschläge festgestellt worden, auch haben sich im Saal und auf der Galerie Hülsen einer bei der Schutzpolizei nicht geföhrtten Munition gefunden. Die Untersuchung zur vollständigen Aufklärung der höchst bedauerlichen Vorfälle ist bei den drei genannten Stellen im Gange und wird mit größter Beschleunigung durchgeführt.

Die Todesopfer auf 9 erhöht.

Halle a. d. Saale. (Funkpruch.) Die Zahl der Todesopfer hat sich auf neun erhöht. Ein weiterer Teil der Verletzten ist hoffnungslos.